



**Die Regierung von Elisabeth Borne lud am Montag die Parteivorsitzenden aller politischen Lager in den Amtssitz der Premierministerin ein, um ihnen ein wichtiges Projekt der zweiten Amtszeit Macrons vorzustellen, das dem Ziel einer Senkung der Netto-Treibhausgasemissionen Frankreichs um 55% bis 2030 gewidmet ist. Der politischen Opposition wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Energiewende vorgestellt, bevor in den kommenden Tagen weitere Treffen und öffentliche Präsentationen stattfinden werden.**

Die Regierung von Elisabeth Borne hat am Montag die Vorsitzenden der politischen Parteien empfangen, um ihnen „den Fahrplan (der) ökologischen Planung“ bis 2030 vorzustellen.

Dieses wichtige Projekt, das Emmanuel Macron versprochen hatte, um „in Europa mitzuhalten“ und die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55% gegenüber 1990 zu senken und sich darüber hinaus „auf die CO2-Neutralität im Jahr 2050 zu projizieren“, soll laut Emmanuel Macron ein „sehr konkreter und sehr operativer“ Plan sein.

In den zwei Stunden hinter verschlossenen Türen sollten laut dem Büro der Premierministerin Lösungen für einen gerechten und sozialverträglichen ökologischen Übergang diskutiert werden. Die wichtigsten öffentlichen Ankündigungen werden jedoch einer Rede Emmanuel Macrons vorbehalten bleiben, die der Präsident laut Elysée-Palast am 25. September halten soll.

### **Fördermaßnahmen in den Bereichen Energie, Verkehr und Wohnungsbau.**

Das Ziel dieses ökologischen Planungsentwurfs besteht vor allem darin, die öffentlichen Investitionen gezielter einzusetzen. In dem Haushaltsentwurf für 2024 wird die Regierung genau erklären müssen, wie sie die zusätzlichen 7 Milliarden Euro, die die Premierministerin im Juli zur Beschleunigung des ökologischen Übergangs versprochen hat, verteilen will.

Als größter Emittent von Treibhausgasen mit 31% der Gesamtemissionen in Frankreich steht der Verkehrssektor ganz oben auf der Tagesordnung der Gespräche. Die Regierung könnte unter anderem eine Erhöhung des Umweltbonus für den Kauf von Elektrofahrzeugen vorschlagen, verbunden mit einem erweiterten Malus beim Kauf von Autos mit dem höchsten Schadstoffausstoß. Eine Maßnahme, um den Anteil von Elektroautos am französischen Fahrzeugbestand von heute 1% auf 15% im Jahr 2030 zu erhöhen.

Die Regierung plant auch die Finanzierung der S-Bahnen in einem Dutzend französischer Städte und deren Regionen, die bereits Gegenstand eines Gesetzesvorschlags ist, der derzeit im Parlament geprüft wird.



Auch im Wohnungssektor, der 20% der Gesamtemissionen Frankreichs ausmacht und damit der zweitgrößte Emittent ist, werden Maßnahmen erwartet. Die Regierung möchte Reformen für bessere energetische Renovierungen vorschlagen, wie der Minister für den ökologischen Übergang Christophe Béchu bereits am Sonntag andeutete.

Bis 2030 möchte die Regierung außerdem etwa 75% der Ölheizungen abschaffen und die Zahl der Gasheizungen um etwa 20% senken, wie aus einem Dokument hervorgeht, das vor wenigen Tagen der Presse zugespielt wurde.